

## Schweiz

# Ein unerwarteter Sieg für die Fussballfans

Der Nationalrat schickt die Fanzugvorlage zurück an den Bundesrat. Das Transportproblem mit den Sportfans soll neu angegangen werden.

Philipp Loser

Am Schluss landete man in der Kinderstube von Doris Leuthard. Wenn, so die Bundesrätin, in der Erziehung grundlegende Werte nicht mehr vermittelt würden, dann brauche es den Staat, der eine Orientierungshilfe biete. Einen Staat, der einem vermittele, was man dürfe und was nicht. Im aktuellen Fall würde Vater Staat seinen Kindern mitgeben: Zünde keine Petarden. Ziehe keine Notbremsen in einem fahrenden Extrazug. Verzichte darauf, Sachen zu beschädigen, die dir nicht gehören (zum Beispiel Sitze in einem Extrazug).

Leuthards Staatserziehung per Gesetz war der Schlusspunkt einer erneut emotional geführten Debatte über die Einführung eines Zwangs für Fans, nur noch per Extrazug an Auswärtsspiele ihrer Mannschaft fahren zu dürfen. Teil der Vorlage war auch eine stärkere Haftung der Sportclubs, die «unter bestimmten Voraussetzungen» für die Schäden ihrer Anhänger aufkommen sollten.

## «Sie kneifen!»

Das Parlament beschäftigte sich gestern bereits zum dritten Mal mit der Vorlage. Im Frühling hatte sie der Nationalrat an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Ständerat kehrte den Beschluss danach um, und nun war es wieder am Nationalrat, den definitiven Entscheid zu fällen.

Entsprechend engagiert wirkte Verkehrsministerin Leuthard bei der Verteidigung ihres Geschäfts: «Mit einer Rückweisung kneifen Sie vor der Debatte. Sie kneifen, eine klare Haltung zur Vorlage



Im April weigerten sich GC-Fans, den Fanzug zu nehmen. Foto: V. Di Domenico (Freshfocus)

einzunehmen!» Leuthard hielt auch wenig vom Auftrag der Verkehrskommission an den Bundesrat, noch einmal mit allen Beteiligten eine Lösung für das Problem der Fantransporte zu suchen. Fünf Jahre lang habe man genau das getan, habe unzählige Gespräche an runden Tischen geführt. «Und es ist nichts passiert.»

Noch während der Debatte schien die Unterstützung von Leuthards Position gross. Man müsse den Chaoten endlich einen Riegel vorschieben, rief Edith Graf-Litscher (SP, TG) in den Saal. «Wir brauchen endlich Nägel mit Köpfen!» Auch die Sprecher von CVP und FDP wa-

ren gegen eine Rückweisung. «Jetzt muss gehandelt werden», sagte Martin Candinas (CVP, GR), und FDP-Fraktionschefin Gabi Huber ergänzte: «Es braucht keine Zusatzschleife mehr. Wir können den Grundsatzentscheid jetzt fällen.»

Die Mehrheit des Parlaments folgte dann aber erstaunlich deutlich mit 119 zu 50 Stimmen dem Antrag der Verkehrskommission, die das neue Gesetz für kaum umsetzbar hält. Also: zurück an den Absender.

Bei den SBB, welche die Fanzugpflicht und die stärkere Haftung der Sportclubs befürworten, wird der Entscheid bedauert. «Das Problem bleibt

ungelöst. Nun braucht es einen Effort von allen Beteiligten», sagte SBB-Sprecher Reto Schärli.

Mehrmals wurde gestern die bestehende Vereinbarung zwischen den Berner Young Boys und den SBB als mögliche Lösung der Zukunft angepriesen. Der Club chartert bei den SBB jeweils die Extrazüge für die Auswärtsspiele und ist danach für den Zug verantwortlich. «Das YB-Modell funktioniert sehr gut», sagte Matthias Aebischer (SP, BE), ein Gegner der aktuellen Fanzugvorlage. «Nun müssen wir daran arbeiten, dass sämtliche Clubs eine Vereinbarung unterzeichnen.»

Im Moment besteht nur mit YB eine solche Vereinbarung; Verhandlungen über weitere Charterverträge wurden von den SBB bis zum Entscheid des Nationalrats ausgesetzt.

## Nur mit den Fans

Ob das Chartermodell tatsächlich jene «praktikable Lösung» ist, die der Bundesrat nun suchen muss, wird unter anderem von Thomas Gander bezweifelt. Der Geschäftsführer der Fanarbeit Schweiz warnt davor, Abmachungen ohne die Fans zu treffen. «Mit den Charterverträgen hat man die Clubs an Bord - aber nicht unbedingt die Fans.» Solange man Anhänger an Auswärtsspielen habe, so lange gebe es auch ein Risikopotenzial. «Und dieses ist umso grösser, wenn die Fans an einer Zusammenarbeit nicht beteiligt sind.» Gander begrüsst den Entscheid des Nationalrats. «Er gibt uns jene Denkpause, die wir benötigen, um die Situation gemeinsam neu anzugehen.»

## Kommentar

Von Philipp Loser

## Das Ende einer Illusion

Am Ende jeder Debatte über Fangewalt im Fussball steht die Frage: Was ist die Lösung? Etwas mehr Repression? Etwas mehr Fanarbeit? Etwas mehr Verantwortung für die Clubs? Nein. Nein. Und nein. Die Frage, sie ist falsch gestellt. Ehrlicher wäre: Was ist das Ziel? Will man den absolut sauberen Sport? Nie mehr eine Petarde im Stadion? Kein einziger Ausbruch der Gewalt? Kein aufgeschlitzter Sitz mehr im Extrazug? Dann gibt es nur eine Lösung: Fussball ohne Zuschauer. Alle anderen Versprechungen - egal von welcher Seite - werden das Gewaltphänomen niemals ganz zum Verschwinden bringen. Ganz besonders nicht Vorschläge wie jene zu den Fanzügen, die Grundrechte ritzen und nicht umsetzbar sind. Der Entscheid des Nationalrats, das Gesetz an den Bundesrat zurückzuweisen, war richtig.

Was also tun? Etwas mehr Repression? Etwas mehr Fanarbeit? Etwas mehr Verantwortung für die Clubs? Ja. Ja. Und ja. Bestehende Gesetze richtig anwenden, Fanarbeit nicht verniedlichen, sondern unterstützen; die Clubs an ihre soziale Rolle erinnern. Und das unter Berücksichtigung aller Beteiligten - so wie es der Nationalrat gestern in einem lichten Moment gefordert hat.

## Bürgerlicher Ständerat rettet die Initiative «Grüne Wirtschaft»

Der Ständerat will das Umweltschutzgesetz ändern. Ohne Rückweisungsantrag des CVP-Ständerats Konrad Graber wäre das grüne Anliegen wohl gescheitert.

Felix Schindler

Beide Vorlagen für eine «Grüne Wirtschaft» drohten gestern im Ständerat eine Abfuhr zu kassieren. Die Volksinitiative der Grünen für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft will eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft schaffen, indem die Forschung gefördert, Produktions- und Abfallvorschriften erlassen und eine Lenkungssteuer eingeführt wird. Umstritten ist, dass die Initiative ein verbindliches Ziel enthält, den Verbrauch natürlicher Ressourcen bis 2050 um rund zwei Drittel zu senken. Der indirekte Gegenvorschlag der Umweltministerin Doris Leuthard teilt die Ziele der Initiative im Wesentlichen, verzichtet aber auf das umstrittene Ressourcenziel. Formal soll der Gegenvorschlag als Änderung des Umweltgesetzes realisiert werden.

Die Mehrheit der vorberatenden Umweltkommission (Urek) des Ständerats war gegen die Initiative und empfahl, auf den Gegenvorschlag gar nicht erst einzutreten. Die Vorschriften würden die Wirtschaft unnötig einschränken, die Kosten wären unverhältnismässig, und die Schweiz stehe in Sachen Nachhaltigkeit ohnehin gut da. Vor allem in Leuthards eigener Partei schien die Unterstützung für den Gegenvorschlag zu bröckeln. Doch bei der Debatte kehrte der Wind. Mit einem knappen Entscheid von 20 zu 24 Stimmen entschied die kleine Kammer als Erstrat, auf den Gegenvorschlag einzutreten - allerdings mit der Forderung, den Entwurf zu entschärfen. Über die Initiative will der Ständerat entscheiden, wenn er über den indirekten Gegenvorschlag befunden hat.

## «Kick aus der Politik»

Dass das grüne Anliegen diese Hürde im Parlament genommen hat, ist dem taktischen Geschick eines Bürgerlichen zuzu-

schreiben. Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber hatte den Antrag eingereicht, den Gegenvorschlag zurück an die Kommission zu schicken und dort überarbeiten zu lassen. Dieser wurde mit 37 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Auftrag: Kritik der Wirtschaft einbeziehen, Kosten berücksichtigen und auf weniger Massnahmen fokussieren.

Graber ist überzeugt, dass sich durch seinen Antrag mehrere bürgerliche Ständeräte haben umstimmen lassen. Auf Anfrage sagt er, es wäre «dumm», wenn die Wirtschaft nicht verstärkt Massnahmen für Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz umsetze. Das bedeute für die Unternehmen einen Aufwand, der kurzfristige Wettbewerbsnachteile zur Folge haben könne. «Deshalb braucht es den Kick aus der Politik», sagt Graber. Dabei spricht er nicht nur als Ständerat, sondern auch als Verwaltungsratspräsident von Emmi. Der Milchverarbeiter habe ebenfalls mehrere Schritte für eine nachhaltigere Produktion unternommen. Wenn ein Unternehmen diesen Weg schon heute gehe, dann werde es in Zukunft mit einem Wettbewerbsvorteil belohnt.

## Auf Leuthards Linie

Die Grünen verbuchen den Entscheid des Ständerats als «grossen Erfolg», wie der Zürcher Nationalrat Bastien Girod sagt. Es sei ein Akt der Vernunft, ein wichtiger Schritt für den Umweltschutz. «Erstmals wird die Umweltbelastung gesamthaft angegangen», so Girod. Er freut sich wohl auch deshalb, weil der Eintretensentscheid einen Schuss vor den Bug von Economiesuisse darstellt. Der Wirtschaftsverband hatte in der Urek noch erfolgreich gegen die Vorlage gekämpft, nach Ansicht Girods mit unlauteren Mitteln.

Es überrascht nur auf den ersten Blick, dass die Grünen von einem bürgerlichen Ständerat und VR-Präsidenten Schützenhilfe erhalten. Graber war schon auf Leuthards Linie, als der Atomausstieg beschlossen wurde. Und von der Stossrichtung der Initiative und des Gegenvorschlags sei er absolut überzeugt, sagt Graber. Jetzt soll die Kommission die Arbeit in der von ihm skizzierten Art fortsetzen.

Anzeige



GUCCI.COM